



Nr. 71 Sozialdemokratische Bürgerzeitung Dez. 2003

Die Waldhotel-Affäre

Mit der Liegenschaft „Waldhotel“ hat sich der Bauausschuss der Stadt Schleswig seit vielen Jahren immer wieder befasst. Um den Eigentümern eine Veräußerung ihres Besitzes zu ermöglichen, war die Stadt auch in der Vergangenheit bereit, Nutzungsänderungen im begrenzten Umfang und unter Berücksichtigung der Umgebung zuzulassen.

Das Vorhaben, das CDU und SSW jetzt auf den Weg gebracht haben, wäre in der Vergangenheit nie mehrheitsfähig gewesen. Dafür gab und gibt es gute Gründe.

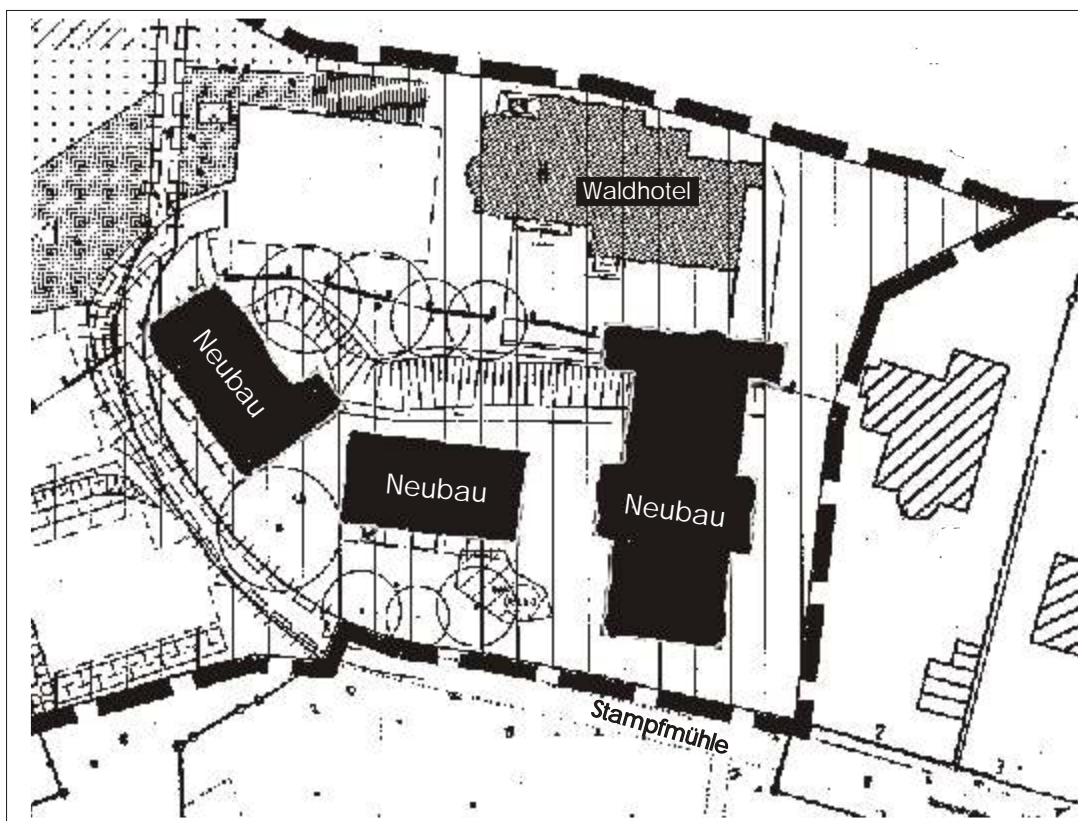
Für Senioren- und Pflegeprojekte sind wesentlich geeignetere Flächen im Stadtgebiet (Hotel Stadt Hamburg z.B.) vorhanden als das abgelegene und ökologisch sensible Gebiet im Tiergarten. Die vorgesehene Bebauung nimmt auf die Umgebung keine Rücksicht. Das liegt nicht an mangelndem Gestaltungsvermögen, sondern an der Größe der Baukörper. Die massiven Gebäude werden den Charme und den Reiz des Geländes verkümmern lassen. Das vorhandene Waldhotel wird zwar erhalten, die davor liegenden dreistöckigen Bauten werden einen Blick auf das Waldhotel nur noch eingeschränkt zulassen. Die attraktive Hanglage wird verbaut.

Die Befürchtung, dass die vorhandene Straßenanbindung dem zukünftigen Verkehrsaufkommen nicht gerecht zu werden vermag, bestätigte sich

schon bei dem Löscharbeiten beim Dachstuhlbrand Ende November. Wer wird die erforderliche Straßenerweiterung bezahlen? Welche Folgen wird das für den entstehenden Neuwerkgarten haben? Viele Fragen stellen sich, Antworten gibt es nicht. Warum auch? Man hat ja die Mehrheit. Diskussion überflüssig.

Was geschieht, wenn die vorgesehene Nutzung sich nicht realisieren lässt? Ein Antrag auf Umwandlung der zulässigen Nutzung könnte folgen. Und schon hätte man Wohnungen an einer Stelle im Stadtgebiet, die sich dafür in keiner Weise eignet. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, dass die Existenz des Waldhotels die einzige Rechtfertigung für eine Bebauungsmöglichkeit darstellt.

Ohne Hotel gäbe es an dieser Stelle keine Bebauung.



Investoren in Schleswig

„Schmid setzt die Daumenschrauben an“, „Einkaufszentrum entzweit den Friedrichsberg“, „Ausschuss macht Weg für Hotelabriss frei“ lauteten Schlagzeilen in den Zeitungen in Schleswig zu heiß diskutierten Bauprojekten. So mancher Bürger fragt sich, ob die Verfahrenswege mit den erforderlichen Beschlüssen der städtischen Gremien nicht wirtschaftliche Betätigung zu sehr einengen. Warum können Investoren eigentlich nicht (fast alles) machen, was und wo sie wollen?

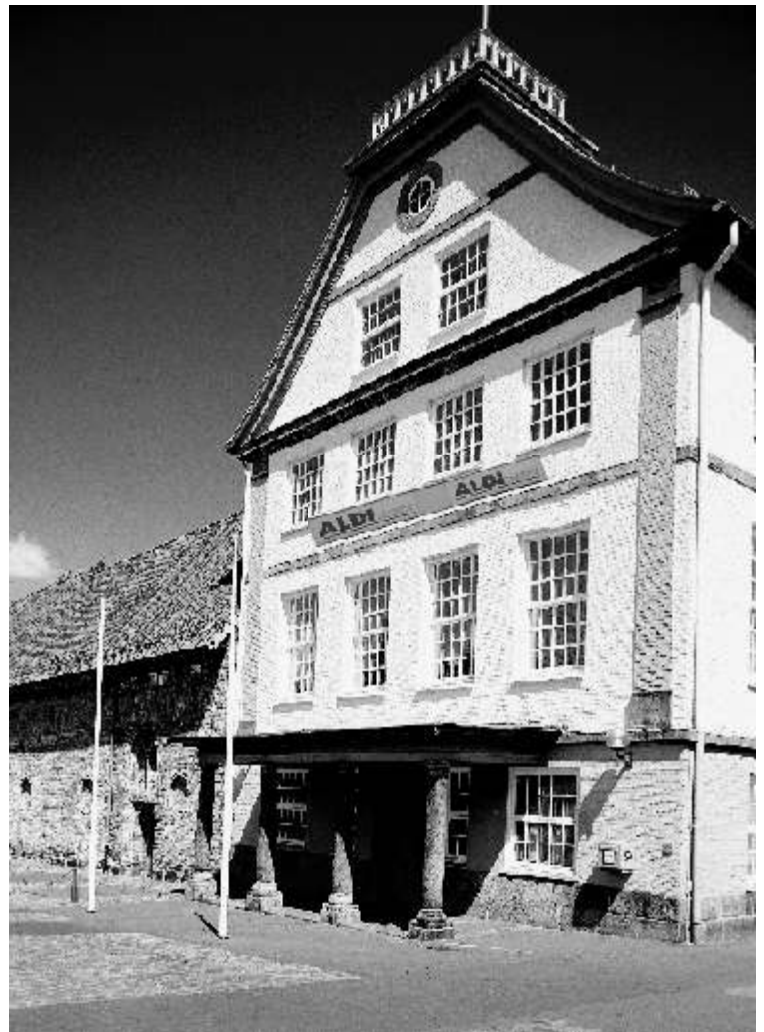
Schaut man sich konkrete Projekte genauer an, wird deutlich, dass z. T. erhebliche finanzielle Interessen auf dem Spiel stehen. Grundstücke können durch zusätzliche Bebauungsmöglichkeiten unter Umständen auf einen Schlag an Wert gewinnen. Verständlich, dass die jeweiligen Eigentümer versuchen, ihr Vorhaben schnellstmöglich durchzubringen. Gerne wird damit geworben, dass neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Gerade dieses Argument ist jedoch problematisch, da Hoffnungen geweckt werden, die nicht immer erfüllt werden können. Überwiegend handelt es sich nicht um zusätzliche, sondern um aus anderen Betrieben in der näheren Umgebung verlagerte Arbeitsplätze. So wird z. B. ein neues Einkaufszentrum keine erhöhte Kaufkraft schaffen, sondern Kunden anziehen, die bisher in anderen Geschäften eingekauft haben. Bei Pflegeheimen verhält es sich ähnlich.

Zurück zu der Stadt und den städtischen Gremien: Diese haben –u. a. mit der Bauleitplanung- dafür zu sorgen, dass alle mit den Vorhaben verbundenen Aspekte berücksichtigt werden, so z. B. Bürgerbelange, Umwelt-, Naturschutz und natürlich die für die Zukunft wichtige städtebauliche Entwicklung.

Leider wurde beim Waldhotel ohne den erforderlichen, für alle Bürger transparenten und sorgfältigen Diskussions- und Abwägungsprozess mit einer absoluten CDU-Mehrheit gegen die Stimmen der SPD eine Entscheidung getroffen, die mit einer vernünftigen städtebaulichen Planung nicht zu vereinbaren ist (siehe auch den Bericht hierzu auf der Titelseite).

Unternehmen sollen in Schleswig bestmöglich unterstützt werden. Die SPD hat die Wirtschaftsförderung in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich festgeschrieben. Im Zusammenhang mit Bauprojekten sind uns in der praktischen Arbeit deshalb auch folgende Punkte wichtig:

- gegenüber Investoren und deren Ideen offen zu sein
- zu einer zügigen Bearbeitung von Anträgen bzw. der erforderlichen Bauleitplanung beizutragen
- für Transparenz im gesamten Verfahren zu sorgen (keine „Kungelei“)
- berechenbare Kriterien für Genehmigungen (d. h. auch: keine einseitige Bevorzugung einzelner Investoren zu Lasten anderer Gewerbetreibender) zu fördern
- Gesamtinteressen der Entwicklung Schleswigs im Blick behalten und gegenüber Einzelinteressen durchzusetzen.



Es sollte Grenzen für Investoren geben

Kein Baumschutz in Schleswig?

Wenn es nach dem Willen der CDU geht, wird es demnächst in Schleswig keine Baumschutzsatzung mehr geben.

Die SPD dagegen favorisiert eine Novellierung der Satzung. Nach Gesprächen mit den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung über die Erfahrung mit der alten Baumschutzsatzung wurde von der SPD im Bau- und Umweltausschuss folgender Änderungsvorschlag eingebracht:

Geschützt werden Bäume mit einem Stammumfang ab 80 cm, in 100 cm Höhe gemessen. Nicht unter die Satzung fallen Nadelbäume (mit Ausnahme der Eibe), sowie Birken, Pappeln und Weiden.

Nach Ansicht der SPD hat sich die Baumschutzsatzung der Stadt Schleswig grundsätzlich bewährt und zu einem hohen und hochwertigen Baumbestand auf städtischen und privaten Flächen geführt. Die angestrebte Änderung, die schnellwachsenden Nadel- und Laubbäume zukünftig nicht mehr unter die Satzung zu stellen, reduziert den Verwaltungsaufwand nach den Erfahrungen der letzten Jahre um ca. 75% und ist überdies ökologisch vertretbar.

Eine grundsätzliche Aufhebung wäre das falsche Zeichen und würde der Willkür im privaten Bereich und auf Seiten der öffentlichen Hand Tür und Tor öffnen. Es wären nur sehr wenige Naturdenkmale geschützt und die bestehenden Vorschriften, so die Argumentation der SPD, reichen nach genauem Studium eben nicht aus, um Schlesiens Bäume ausreichend zu schützen. Bäume wie z.B. vor dem Oberlandesgericht, um den Plessenhof oder vor der VHS wären, wie auch die gesamte Michaeliallee, völlig ohne Schutz.

Tourismusförderung, Planungen für eine Landesgartenschau, eine Stadt mit dem größten ökologischen Landmarkt Deutschlands und gleichzeitig keine Baumschutzsatzung, das passt für die SPD in Schleswig nicht zusammen.

Ein von der CDU ins Gespräch gebrachtes Baumkataster ist keine wirkliche Alternative, weil es in Anbetracht leerer Kassen unbezahlbar ist!

Schleswig braucht weiterhin eine Baumschutzsatzung!!

Der Schubystraßen - Skandal

Mit Bestürzung haben wir alle im August diesen Jahres die Schließung des Pflegeheimes in der Schubystraße verfolgt.

Was uns besonders empört hat war, dass die älteren Menschen innerhalb einer Woche das Haus räumen und sich ein neues Heim suchen mussten.

Nach Bekanntwerden der Geschäftsaufgabe durch den Betreiber brach in diesem Heim das Chaos aus.

Die SPD hat sich vor Ort einen Eindruck von der Situation verschafft. Wir sahen überfordertes Pflegepersonal, vom Chef im Stich gelassen, wir sahen wütende Angehörige und Betreuer, die die Zimmer räumten und dazwischen verstörte Seniorinnen und Senioren.

Schon in dieser einen Woche herrschten für die älteren Menschen unhaltbare Zustände. Es fehlte an Mineralwasser und Decken.

Dabei hätte der Betreiber bis zur Erfüllung der Heimverträge, also noch mindestens 3 Wochen, eine Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner gewährleisten müssen.

Dies ist nicht geschehen. Die Mitarbeiter wurden fristlos gekündigt. Der Betreiber hat sich aus seiner Verantwortung gestohlen!

In diesem Fall entstand eine Situation, an die bisher niemand gedacht hatte.

So wurde dieses Heim ‚abgewickelt‘ wie irgend ein insolventer Gewerbebetrieb. Aber es war das Zuhause für unsere älteren Mitbürger. So darf man mit Menschen nicht umgehen!

Die Schließung dieser Einrichtung konnte niemand verhindern. Aber die ganze Situation hätte erträglicher für die Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet werden können, wenn der Pflegebetrieb noch einige Wochen aufrecht erhalten worden wäre. Deshalb müsste unserer Meinung nach in einem solchen Fall unbürokratisch und schnell eine Versicherung die finanzielle Sicherung für den laufenden Betrieb übernehmen, solange wie die gesetzlichen Fristen dies vorsehen.

In einem anderen Bereich der Privatwirtschaft ist man diesen Weg gegangen. Nachdem Reiseveranstalter ihren Verpflichtungen nicht nachkamen oder Insolvenz anmeldeten, saßen Urlaubsreisende in ihren Urlaubsländern unversorgt fest. Deshalb wurden Reiseveranstalter verpflichtet, sich für diesen Fall abzusichern.

Analog möchten wir dies auch für private Pflegeeinrichtungen erreichen.

Die SPD-Schleswig hat sich deshalb an unseren Bundestagsabgeordneten, Dr. Wolfgang Wodarg gewandt, der die Idee einer Ausfallversicherung unterstützt und diese Anregung an die Vorsitzende des zuständigen Bundestagsausschusses, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, weitergeleitet hat

Im Übrigen glauben wir nicht, dass eine solche Versicherung die Pflegekosten wesentlich in die Höhe treiben wird. Versicherungsbeiträge orientieren sich an dem, was geleistet werden muss.

Der überwältigende Teil der privaten Pflegeeinrichtungen arbeitet engagiert und seriös. Die Entwicklung in der Schubystraße ist hoffentlich ein bedauernswerter Einzelfall. Trotzdem einer zuviel! Die SPD will Vorsorge treffen, damit so etwas nie wieder passieren kann!





Junge denk ik,

wat is dat doch still üm de nie Biodieselfabrik. Löppt dar noch wat oder is de Puust all rut un hett dar een Uul seten?

Dar hett sik doch Fru Schwarz mal wedder so dull in't Tüüch leggt un hett een Kööper för de Zuckerfabrik funnen. Un nächst Jahr schall dat nu all losgahn. Denn schüllt dar Dag för Dag Biodiesel ut 3000 Tünn Raps herstellt warrn. Bi 330 Dag in't Jahr, wo arbeit warrt, sünt dat um un bi 1 Millionen Tünn Raps, de dar bruukt warrt.

Vun de Ukraine will de künftige Fabrikant de Raps hierher hollen, denn de Raps, de in Schleswig-Holsteen wassen deit, geiht all woanners hen. Avers villicht waßt hier in Tokunft so veel Raps, dat 1 Millionen Tünn aarnt warrn köönt.

Um de ganze Raps ut de Ukraine hierher to kriegen, möt Dag för Dag 120 Lastautos mit je 25 Tünn oder 3 Scheep mit je 1000 Tünn Raps hier in Schleswig ankamen.

Un verköfft warrn schall de Biodiesel denn na Spanien un Südamerika.

Na, ob dat dann mal wat ward? Oder is dat mal wedder een Luftnummer.

Avers de Hauptsak is doch wull dat, dat Fru Schwarz sik mal wedder in de Zeitung wedderfinden kunn un natürlich mit Bild.

Och, un ok darto noch: Wenn Fru Schwarz to Gratuleeren geiht un Blumen un een Gaav de Jubilare brinkt, kickt se nich de Jubilar in't Gesicht bi't Schenken, nee se lacht uns strahlend ut de Zeitung an.

Ik frag mi, ob de Pressefotograf darto schuld hett, weil een fein Bild rutkamen schall?

För mi süht dat avers unhöflich ut, de Minsch, de ik wat schenken do, nich darbi antokieken.

Lang heff ik överleggt, ob ik dat hier schrieven schull, avers dat letzte –disse in mienen Ogen nich fiene Oort- wull ik all lang mal los warrn, obwohl Fru Schwarz sik nu hier in dit Blatt ok noch wedderfinden deiht.

Tine

„Verkehrskreuz Jagel“ bei Podiumsdiskussion demontiert

Es ist schon ein Kreuz mit dem Verkehrskreuz Jagel!

Seit Jahren geistert die Idee, das Konzept, die Vision durch die Region, aus Jagel könne durch zivile Mitnutzung ein Arbeitsplatz- und Beschäftigungsmotor werden. Das stößt natürlich gerade heute bei dem rasanten Abbau von Arbeitsplätzen auf besonderes Interesse. Seit einiger Zeit ist es Arne Hansen, Kreistagsabgeordneter der CDU, der für eine „Verkehrskreuz Jagel GmbH“ wirbt. Sogleich erhielt er Gegenwind durch die Initiative „Nein zur

zivilen Nutzung Jagels“ um Wolfgang Bradtke, die um die Attraktivität der Schlei-Region fürchtete und weiteren Lärm nicht hinnehmen will. Arbeitsplatzbeschaffung findet selbstverständlich auch bei Sozialdemokraten ein offenes Ohr. So wollte der SPD Ortsverein wissen, auf was sich die Bevölkerung einzustellen hat. Birte Pauls, Ortsvereinsvorsitzende, lud die beiden Kontrahenten, sowie Frau Katrin Hansen von den „Glücksburger Konzepten“ und Holger Astrup, Landtagsabgeordneter der SPD, zu einer Podiumsdiskussion ein. Waren anfangs die Meinungen im Publikum noch geteilt, weil die Hoffnung auf Arbeitsplätze zu einigen Kompromissen geneigt macht, so wurde am Ende der Vorträge und einer sehr lebhaften, emotionalen Diskussion klar: es war nur heiße Luft.

„Cargo“-Flüge sind nicht im Gespräch, Touristen kämen höchstens von weiter her (Süddeutschland, Japan) und nur im Frühjahr oder Herbst für Kultur und Wellness. Für einen anderen Bedarf gibt es keinen Investor und keinen weiteren Interessenten an der Nutzung. Außerdem gibt es keinen Geldgeber, weder aus dem Land, aus dem Kreis noch aus der Stadt. Arne Hansen konnte und wollte keinen weiteren Teilnehmer der GmbH nennen, nannte keine konkreten Zahlen für mögliche Arbeitsplätze, über Anzahl der Flüge, mögliche Nutzer noch mögliche Kosten. Nichts!

So konnte keiner der Zuhörer zu einem Befürworter umgestimmt werden, aber es schlossen sich fast alle der Meinung von Holger Astrup an: Es ist unverantwortlich, ein Arbeitsplatzangebot vorzutauschen, wenn man weiß, dass eine solche Möglichkeit nicht existiert.“

Da wundert es denn schon, wenn die CDU die zivile Nutzung Jagels eine „Wirtschaftsinitiative“ nennt.

Impressum

SCHLESWIG backbord

Herausgeberin: SPD-Schleswig
Redaktion: Christian Conrad (V.i.S.d.P.), Moltkestraße 33, 24837 Schleswig; Gesche Wilkens, Claus Tempel, Matthias Bachmann
Druck: Druckerei Sterndruck, Heinrich-Herz-Straße 24, 24837 Schleswig, Telefon 53340
Auflage: 12.000 Exemplare
 SCHLESWIG backbord wird kostenlos an alle Haushalte verteilt.
Spendenkonto: Sparkasse Schleswig-Flensburg, Kto.-Nr. 41378, BLZ 216 501 10
Email: backbord@spd-schleswig.de